

Federführung	Dezernat I Oberbürgermeisterin Zull, Gabriele
--------------	---

<b>AZ./Datum:</b>	/15.09.2022		
<b>Gremium</b>	<b>Behandlung</b>	<b>Sitzungsart</b>	<b>Sitzungsdatum</b>
Gemeinderat	zur Kenntnisnahme	öffentlich	27.09.2022

## **Unterbringung geflüchteter Menschen - aktueller Sachstand und Ausblick**

### **Sachverhalt:**

Durch den Krieg in der Ukraine haben Flucht und Vertreibung seit März 2022 deutlich zugenommen. Über das bundesweite Verteilsystem kommen nach wie vor täglich neue Geflüchtete nach Deutschland, Baden-Württemberg und damit auch nach Fellbach. Parallel dazu nehmen aktuell auch die Anzahl der Geflüchteten aus weiteren Staaten sehr stark zu.

Beide Entwicklungen zusammen sorgen für einen hohen Belegungsdruck, so dass sich das Land gezwungen sah, eine drastisch verschärfte Aufnahmeanforderung an die kommunale Ebene zu richten. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Landeserstaufnahmestellen sowie die Gemeinschaftsunterkünfte des Landkreises voll belegt sind und somit Geflüchtete mit nur kurzer Vorlaufzeit den Kommunen direkt zugewiesen werden.

Die Prognosen, die zu Beginn des Jahres 2022 erstellt wurden, indizierten, dass die Stadt Fellbach 111 geflüchtete Personen aufnehmen sollte. Bei der Fortschreibung dieser Prognosen in Gestalt einer Hochrechnung des Rems-Murr-Kreises zum 30. September 2022 wurde diese Zahl auf 630 Geflüchtete erhöht. Die Verwaltung geht von einer weiter steigenden Tendenz aus.

Der Gemeinderat hat bereits auf Vorschlag der Verwaltung frühzeitig Maßnahmen zur Unterbringung von Kriegsflüchtlingen eingeleitet. Festzustellen ist erneut, dass erfreuliche viele der aus der Ukraine Geflüchteten in privatem Wohnraum untergebracht werden konnten. Diese Solidarität hat die Unterbringung der Geflüchteten aus der Ukraine, insbesondere zu Beginn des Kriegs, erleichtert. Nur so war es möglich, dass die Stadt Fellbach zum jetzigen Zeitpunkt 80 % der Unterbringungsverpflichtung leisten konnte.

Für die mittelfristige Unterbringung des weiter steigenden Zustroms an Geflüchteten sind aber weitere Maßnahmen in Form von neuen städtischen Unterbringungsstandorten im gesamten Stadtgebiet notwendig.

Aufgrund dieser Entwicklungen haben Stadtverwaltung und WDF ihre Bemühungen zur Gewinnung weiterer Unterkünfte nochmals verstärkt.

Stadtverwaltung und WDF haben zu diesem Zweck sowohl eigenen Wohnraum für Unterkünfte aktiviert als auch private Wohnungen und Häuser angemietet. Weiterhin konnte durch die WDF das Hotel „Grüner Baum“ mittelfristig angemietet werden sowie gebrauchte Container-Wohnmodule zur vorübergehenden Errichtung einer Wohnanlage an der Tournonstraße erworben werden. Weiterhin soll eine Büroimmobilie in einem Gewerbegebiet zur Unterbringung von Geflüchteten umgenutzt werden.

In enger Kooperation mit der Stadt sind Unterkünfte des Landkreises in der Bruckstraße und im Hotel am Kappelberg entstanden.

In allen Unterkünften werden die Geflüchteten seitens der WDF und der Stadtverwaltung in sozialen Belangen begleitet.

Dabei werden die wieder in Kraft getretenen baurechtlichen Ausnahmebestimmungen der Jahre 2015 – 2019 (§ 246 BauGB), welche die vorübergehende Unterbringung geflüchteter Menschen in Abweichung von den sonst geltenden Bauvorschriften erlauben, ausgeschöpft.

Die Stadt sieht sich in einem kontinuierlichen Prozess, der Situation möglichst angemessen zu begegnen und durch weitere Maßnahmen Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen. Oberstes Ziel ist es, die Einrichtung von Notunterkünften in Sporthallen zu vermeiden.

Gleichzeitig sieht sich die Stadt vor der Herausforderung, die soziale Balance in der Stadtgesellschaft aufrechtzuerhalten und die bestmögliche Integration der Geflüchteten bei gleichzeitigen aktuellen Herausforderungen, wie beispielsweise die Energiekrise und die allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklungen im Blick zu behalten.

Nicht zuletzt dieser Anspruch stellt die Stadt vor sozialen, finanziellen und strukturellen Fragen. Frühzeitige Informationen sowie zielgerichtete finanzielle Förderungen durch Bund und Land könnten hierbei hilfreich sein. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass die Beanspruchung der Kommunen nicht über ihre Grenzen hinausgehen.

gez.  
Gabriele Zull  
Oberbürgermeisterin

gez.  
Johannes Berner  
Erster Bürgermeister

gez.  
Beatrice Soltys  
Bürgermeisterin

**Anlagen:**

Präsentation